Morgen-Ausgabe

Groß-Berlin 30 Pf., auswärts 40 Pf.

„**Berliner Tageblatt u. Handels-Zeitung**" erscheint wöchentlich zwölfmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: Jeden Sonntag „**Der Weltspiegel**", jeden Dienstag „**Modenspiegel**", jeden Mittwoch „**Technische Rundschau**", jeden Donnerstag „**Sportspiegel**", jeden Freitag Witzblatt „**ULK**", jeden Sonnabend „**Haus Hof Garten**". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschechoslowakischen Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Finnlands; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzbd. durch d. Exp. d. Bl. mögl. **Bezugspreis:** Durch d. Post monatl. 18 M. einschl. Zustellg., Ausland ausschl. Postaufschlag; f. Berlin u. Vororte monatl. 18 M. b. tägl. zweimal. Zustellg. ins Haus. Unter Kreuzbd. monatl. f. d. Inland 28 M. u. Ausland 36 M. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks hab. uns. Bezieh. kein. Anspr. a. Nachlief. od. Erstatt. d. entspr. Entgelts. In Groß-Berlin abonn. man b. d. Hauptexped. SW 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. d. nebensteh. aufgeführt. Filialen. (Fernspr.: Zentrum 10131—10144, f. d. Fernverk. 14207—14209.) Tel.-Adr.: „Berlibla", Berlin. **Insertionspreis:** Zeile 10 M., Stellen-Gesuche und Familien-Anzeigen 5 M. Nachrufe nach übl. Tarif.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Str. 8; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstr. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 346; Blücherstraße 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswald. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenbg.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Nürnbg. Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Henriettenpl.; Lichtenbg.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kais.-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholm. Str. 1; Schulstr. 28; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Mart.-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserpl. 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburg. Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 2.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Nr. 442 • Ausgabe A Nr. 223
Ausgabe für Berlin und Umgegend Nr. 442

Dienstag, 20. September 1921
50. Jahrgang

Kahr lehnt endgültig ab.

Kandidatur des Staatssekretärs Stingl.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

□ **München,** 19. September.

Herr v. Kahr hat durch folgenden, aus Berchtesgaden gesandten, vom 18. September datierten Brief an den Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei seine Wiederwahl abgelehnt:

„Die Bayerische Volkspartei hat mich heute gebeten, mich neuerdings für die bevorstehende Kabinettsbildung als Ministerpräsidenten zur Wahl zu stellen. Für diesen Ausdruck des Vertrauens danke ich bestens. Unverbrüchlich halte ich an den Grundsätzen der Bayerischen Volkspartei fest. Als neugewählter Ministerpräsident wäre ich in der Zwangslage, mich auf den Boden des Beschlusses des ständigen Landtagsausschusses vom 11. September, der mich zum Rücktritt bestimmt hat, zu stellen. Ich könnte dies auch heute mit meiner grundsätzlichen Auffassung über das Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten nicht vereinbaren. Aus diesem Grunde sehe ich mich nicht in der Lage, das vertrauensvolle Anerbieten der Bayerischen Volkspartei anzunehmen." Das Schreiben schließt: „Die heißesten Segenswünsche für unser deutsches Volk und für ein gesundes, starkes, staatlich selbständiges Bayern in einem gesunden, starken Reich."

Herr v. Kahr hat mit diesem Entschluß die erste und hauptsächlichste Schwierigkeit einer Verständigung beseitigt, da seiner Wiederwahl aus der demokratischen Fraktion heraus stark widersprochen und außerdem die beschlossene Antwort an die Reichsregierung wieder in Frage gestellt worden wäre. Ob Herr v. Kahr für den neu zu schaffenden Posten des Staatspräsidenten vorgeschlagen werden und die nötige Zweidrittelmehrheit erhalten wird, kann als unaktuell einstweilen dahingestellt bleiben. Für das Ministerpräsidium dürfte die Bayerische Volkspartei nunmehr den **Staatssekretär im Reichspostamt Stingl** präsentieren. Stingl war vor seiner Uebernahme in den Reichsdienst Oberpostdirektor in Landshut und als Oberregierungsrat Leiter der Personalabteilung des bayerischen Verkehrsministeriums.

Uebrigens vermied es schon Dr. Heim auf der Tuntenhausener Bauerntagung, von einer Wiederwahl Kahrs zu sprechen; er redete lediglich einer Politik der Mitte unter scharfer Verwerfung aller Gewaltpolitik das Wort. Nicht ganz im Einklang damit stand freilich sein Eintreten für den monarchischen Gedanken und die Androhung eines Generalstreiks der Bauernschaft, falls die Arbeiter noch einmal zum Generalstreik greifen würden. Bezeichnend ist auch, daß Dr. Heim den demokratischen Handelsminister Hamm für den Ausbruch der bayerischen Regierungskrise verantwortlich macht, weil Hamm erklärte, der Belagerungszustand sei nach seiner Meinung acht bis zehn Tage nach Inkrafttreten der Reichsverordnung aufzuheben, und Kahr sich durch den bekannten, die Krise auslösenden Zusatz „sobald die Verhältnisse es gestatten", dagegen zu sichern suchte. Dem Reichskanzler Dr. Wirth gab Heim den Rat, sich auf drei Tage zum Nachdenken in ein Kapuzinerkloster zurückzuziehen, wenn das „Berliner Tageblatt" ihn lobe. Auf Schloß Neubeuern habe noch kürzlich ein aktiver Staatsminister geweilt; gemeint ist damit, wie aus Zurufen hervorging, Dr. Hermes. Ganz so grundlos, wie Dr. Heim es darstellt, sind die von der Reichsregierung aufgestellten Behauptungen indes nicht. Wir haben die Sensationsmeldungen aus München — die die „Münchener Neuesten Nachrichten" in grober Verfälschung des Sachverhaltes dem „Berliner Tageblatt" unterschieben — und ebenso die aus Oberbayern von vornherein auf das rechte Maß zurückgeführt und glauben eben deshalb, einige Fragen aufgreifen zu müssen, die die mehrheitssozialistische „Münchener Post" an die Regierung und den Polizeipräsidenten Pöhner richtet: „Ist es richtig, daß die Arbeitsgemeinschaft der Ehrhardt-Leute, die unter Führung des Leutnants v. Jagow und des Unteroffiziers Möhl im Spätherbst vorigen Jahres im Josefstaler Windbruch mit Rodungsarbeiten beschäftigt wurden, Maschinengewehre und andere Waffen mit sich führten? Ist es richtig, daß Oberst Bauer wiederholt in einer Münchener Pension gewohnt und sich, das letzte Mal am 10. September 1921 in einer anderen Pension mit einem Gesinnungsgenossen traf, der sich persönlicher Beziehungen zu Pöhner und Ludendorff rühmte und mit Tillessen (dem einen der des Mordes an Erzberger Beschuldigten) häufig telephonisch sprach? Ist es richtig, daß — wie die „Münchener Post" behauptet —, Korvettenkapitän Ehrhardt sieben Monate nach Erlaß des Haftbefehls, dem Polizeipräsidenten zuliebe den Namen gewechselt hat?" Ob es weiter richtig ist, daß die sieben wegen Mitschuld an dem Erzberger-Mord verhafteten Offiziere den Stab der Brigade Ehrhardt unter Kapitänleutnant Manfred v. Killinger als Stabschef bilden, ob Killinger Führer, Tillessen Zugführer der Offizier-Sturmkompagnie der Brigade war, die im Winter 1919/1920 mehrfach Fahrten nach Berlin zur Sprengung politischer Versammlungen unternommen und dabei beispielsweise den bekannten Ueberfall auf Hellmuth v. Gerlach ausgeführt hat (Killinger soll damals die Aktentasche Gerlachs in Verwahrung gehabt haben), alles dies wird sich wohl in dem Prozeß wegen Geheimbündelei herausstellen, der vor dem Münchener Gericht angesetzt ist.

Bayern und das Reich.

Eine Verständigungsbasis.

Aus Parlamentskreisen erfährt unser **L. L.**-Mitarbeiter über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen zwischen dem Reiche und Bayern: Mitte voriger Woche trafen aus München mehrere maßgebende Mitglieder des bayerischen Landtages in Berlin ein, um die unterbrochenen Verhandlungen inoffiziell wieder aufzunehmen. Die bayerischen Politiker hatten eine Besprechung mit dem Reichskanzler Dr Wirth, in der die Verordnung des Reichspräsidenten sowie auch die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern erörtert wurde. Die Besprechung galt vor allem dem Zwecke, einen Weg zu finden, der zu weiteren offiziellen Verhandlungen führen soll. Bei diesen Unterhaltungen mit den bayerischen Politikern wies Reichskanzler Dr. Wirth wiederum darauf hin, daß die bayerischen Gegenvorschläge in ihrer jetzigen Form eine Ausschaltung des Reiches bedeuten und deshalb nicht annehmbar erscheinen. Andererseits erklärte der Reichskanzler, er wäre nach wie vor bereit, weiter zu verhandeln und neue Vorschläge Bayerns zu erörtern. Die bayerischen Politiker haben darauf am Sonnabend Berlin wieder verlassen. Gegenwärtig finden keinerlei Verhandlungen, weder offizielle noch inoffizielle, zwischen dem Reiche und bayerischen Persönlichkeiten statt.

Der Hauptstreitpunkt liegt gegenwärtig in folgendem: Der Reichsminister des Innern ist nach der Verordnung des Reichspräsidenten befugt, den Landesregierungen ein ihm notwendig erscheinendes Verbot von Zeitungen zur Ausführung zu übertragen. Ist die Landesregierung mit diesem Verbote nicht einverstanden, so kann der Reichsminister von sich aus das Verbot durchführen. Der bayerische Vorschlag will nun solche Meinungsverschiedenheit durch das Landesgericht entscheiden lassen. Dieser Vorschlag würde jedoch eine Ausschaltung der Reichsregierung bedeuten, und wird deshalb, wie schon betont, in dieser Form für nicht annehmbar erklärt. In maßgebenden Kreisen macht sich indes die Tendenz geltend, mit Rücksicht auf die schweren außen- und innerpolitischen Schädigungen einer Fortdauer der jetzigen Spannung ein weiteres Entgegenkommen der Reichsregierung gegenüber Bayern zu empfehlen. Wie wir hören, wird vorgeschlagen, in den oben bezeichneten Streitfällen bei Zeitungsverboten die Entscheidung einer Reichsinstanz, etwa dem Reichsgericht oder dem Reichswirtschaftsrat zu übertragen. Mit einem Vorschlag, der in dieser Richtung geht, beschäftigte sich gestern nachmittag eine Besprechung zwischen dem Reichsminister Dr. Gradnauer und dem Reichspräsidenten Ebert. Endgültige Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da erst die Regierungsbildung in Bayern abgewartet werden soll.

* * *

Die Bekämpfung unerlaubter Verbände.

Eine Besprechung in der Reichskanzlei.

In hiesigen parlamentarischen Kreisen waren in den letzten Tagen mehrfach Nachrichten aus Bayern eingetroffen, die von einer unmittelbar bevorstehenden Putschgefahr in München sprachen. Bei näherer Prüfung erwiesen sich diese Nachrichten als übertrieben. Die Ermittlungen sollen jedoch das Vorhandensein rechtsradikaler Gruppen in Bayern, die mit einzelnen unbotmäßigen Formationen in Nieder- und Mittelschlesien in Verbindung stehen, abermals dargetan haben. In diesen Teilen Schlesiens befanden sich vor ihrer Auflösung zahlreiche Selbstschutzorganisationen. Während sich die ruhigen, disziplinierten Elemente nach der Auflösung des Selbstschutzes in ihre Heimat zurückbegaben, blieben andere bekanntlich in Verbänden zusammen. Diese Verbände, in denen unverantwortliche rechtsradikal gesinnte Führer die Mannschaften beeinflussen, bilden nach Ansicht hiesiger politischer Kreise eine ernste Gefahr. Infolgedessen fand gestern nachmittag um 4 Uhr in der Reichskanzlei eine lange Besprechung über diese Verhältnisse in Schlesien statt. An der Sitzung nahmen außer dem Reichskanzler Dr. Wirth der Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer, Minister Dr. Rathenau, der preußische Minister des Innern Dominikus sowie die Vertreter der anderen zuständigen Stellen teil. Die Erörterungen befaßten sich in der Hauptsache mit der Methode der Bekämpfung dieser unerlaubten Verbände. Die Beschlüsse, die gefaßt wurden, waren vertraulich.

* * *

Dr. Weismann und die bayerische Regierung.

Entgegen anders lautenden Meldungen hat, wie wir aus Parlamentskreisen erfahren, die bayerische Regierung keine offizielle Anfrage wegen der Amtshandlungen des Staatskommissars Weismann in Bayern an das preußische Kabinett gerichtet Die preußische Regierung hat sich vielmehr aus eigenem Entschluß mit der Angelegenheit befaßt. Sie hat außerdem das ihr vorliegende Material über die in Bayern getroffenen Feststellungen dem Münchener Kabinett amtlich übermittelt. **(Siehe auch Seite 3.)**

Görlitzer Schattenbilder.

Die entscheidenden Stunden des sozialdemokratischen Parteitages. — Die beschwörende Geste der Ausländer. — Der Parteivorstand für ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei. — Der Aufmarsch der Opposition. — Scheidemanns Rechtsorientierung.

Von
Erich Dombrowski.

≋ **Görlitz,** 19. September.

Die Entscheidung über das wichtigste innerpolitische Problem Deutschlands ist heute noch nicht gefallen. Noch ist über die Entschließung der Parteiinstanzen, die (mittelbar) eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei befürworten, nicht abgestimmt worden. Immerhin kann man schon mit ziemlicher Bestimmtheit sagen, daß diese Resolution in der vorliegenden Fassung angenommen werden wird. Irgendwie will allerdings die gesamte Partei einen Anschluß, um die Regierungsgrundlage zu erweitern, die Mehrheit nach rechts, die Minderheit nach links. Die Leitung hat bisher wenigstens ungewöhnlich gut den Verlauf der Debatten geregelt. Görlitz soll nicht, wie es wendisch hieß, zu einem Yzorelik, zu einer Brandstätte werden. Auf den Ton: „Ruhe ist die erste Pflicht der Genossen!" ist daher das Ganze abgestimmt. Orgeltöne umschmeichelten die Sinne der Zuhörer, als die Veranstaltung begann. Männerchöre und Rezitationen lenkten den Geist vom Alltag ab, und dann fuhr Hermann Müller in seiner Begrüßungsansprache mit heftigen Worten gegen die Deutschnationalen los, ohne sich vorerst auf das Glatteis der parteitaktischen Fragen zu begeben. Seine Rede glich, nach der sanften Melodik Bachs auf der Orgel der Rienzi-Ouvertüre, wo Leidenschaft, Tumult, Trommeln, Pfeifen, Trompeten und Pauken mitunter etwas aufdringlich die Ohren traktieren. Müller hatte die Herrschaften abgelenkt. . .

Nun zogen die ausländischen Gäste auf. Zum Teil illustre Persönlichkeiten. Der Däne Stauning eröffnet den Reigen der Redner. Ein Mann mit starkem, rotblonden Bart. Eine goldene Brille auf der Nase. Sonore Stimme, wohlgepflegter Stil. Eine Ibsensche Professorengestalt. Der Tscheche Nemec wird aufgerufen. Blühend rotes, rundes Gesicht mit grauem Spitzbart. Wohlbeleibt. Schwungvoller Redner. Tscheidse folgt. Ehedem Minister des russischen Kerenski-Kabinetts, jetzt Georgier. Auch schon ergraut. Auch eine Brille. Auch ein Spitzbart. In seiner Haltung aber gemessener als der Tscheche. Alle fremden Gäste sprechen Deutsch; er allein georgisch. In einem leisen, singenden Tonfall. Der Ungar Buchinger, ein aus Horthys Reich Verbannter, sieht aus wie Rubinstein. Eine wohlfrisierte Mähne. Ein schmächtiger, etwas herabgleitender Schnurrbart. Ganz prickelndes Temperament. Alle ohne Ausnahme, auch der Holländer und der Schwede beschwören förmlich den Parteitag, in der Regierung zu bleiben und, wo man noch nicht darin ist, so rasch als möglich einzutreten, um eine starke Basis für die republikanisch-demokratische Entwicklung Deutschlands zu bilden. Mit diesen Eindrücken verließen die Delegierten den Begrüßungsabend am Sonntag.

*

Die heutigen Verhandlungen nahmen einen ruhigen Verlauf. Die Versammlung hörte die Referate des Parteivorstandes an, verhielt sich im Flusse der Ausführungen still und klatschte nur, wenn der Vortrag beendet war, freundlich in die Hände. Nirgends war eine Aufregung zu spüren. Zwar lagen mehrere Anträge aus verschiedenen Kreisen vor, nicht mit der Deutschen Volkspartei ein Verhältnis einzugehen, aber die Erklärungen des Abgeordneten Franz Krüger, daß man auf Grund eines Arbeitsprogramms mit ihr eine Koalition bilden müsse, weil die Not der Stunde es erfordere, begegneten kaum einem hörbaren Widerspruch. Krüger drehte und wandte sich allerdings mitunter ein bißchen, streute denjenigen, die für eine Einigung mit den Unabhängigen waren, einige Blumen hin, aber dann ging er doch geradenwegs auf sein Ziel los. Die Stimmung ließ schon jetzt darauf schließen, daß der Parteivorstand in dieser Frage die überwiegende Mehrheit des Parteitages hinter sich habe. Die Besorgnis, daß man die Wählermassen, die eine voreilige Agitation schon auf eine Reichstagsauflösung und auf einen gemeinsamen Wahlaufmarsch der beiden sozialdemokratischen Parteien eingestellt hatte, unmöglich bei dieser neuen Weichenstellung mit sich reißen würde, schwand mehr und mehr. Auch die Gefahr, nun von den beiden radikalen Parteien der äußersten Linken berannt zu werden, löste sich im Nebel auf. Die stolzen Mitgliederziffern, die, nach dem Organisationsbericht des Abgeordneten Barthels wiederum weiter angewachsen sind, das Gefühl, daß es nach der Schlappe bei der letzten Reichstagswahl nun wieder flott bergan gehe, während die Unabhängigen und die Kommunisten zusammenschrumpfen oder in sich zerfressen werden, ließen einen starken Optimismus aufkommen.

Am Nachmittag rückte indessen die Opposition an. Die Frankfurter, ein Teil der Breslauer und Thüringer erhoben Widerspruch gegen eine Bettgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei. Während die einzelnen Redner sprachen,